Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Behörftiger 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12526.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 501. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rabatt, unverlangt eingesandte Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.

Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 106. Freitag, den 8. Mai 1925. 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Freitag, den 8. Mai 1925, vorm. 11 Uhr, sollen in Lauter **1500 Stück Zigarren und 1 Ztr. Tabak** meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthaus „Zum Löwen".

Schwarzenberg, den 6. Mai 1925.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Stadtverordnetensitzung in Aue

Freitag, den 8. Mai 1925, nachm. ½6 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaale.

Tagesordnung: 1. Erweiterung des Kehrbezirks des hiesigen Schornsteinfegermeisters. 2. Nachbewilligung eines Betrages für Stillprämien. 3. Bewilligung von 700 Mk. zur Errichtung eines Steges über das Schwarzwasser entlang der hinteren Eisenbahnbrücke. 4. Bewilligung von 2000 Mk. Berechnungsgeld für Anschlußarbeiten an der Post- und Schillerstraße. 5. Bereitstellung von 5000 Mk. für ganz dringliche Reparaturen zur Erhaltung von Altwohnungen. 6. Errichtung einer Walderholungsstätte. 7. Gewährung eines Sparkassenaustauschdarlehns an die Stadtgemeinde Annaberg. 8. Erhöhung des Stammkapitals des Girroverbandes Sächs. Gemeinden. 9. Erhöhung der Hundesteuer. 10. Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Fachschule zum Zwecke eines Erweiterungsbaues. 11. Antrag der kommunistischen Fraktion, Protest gegen die Vorlage wegen Abänderung der Gemeindeordnung betr. Hierauf folgt nichtöffentliche Sitzung.

Schuhmacherlehrstelle für Fürsorgezögling

gesucht. Nähere Auskunft erteilt Jugendamt Crimmitschau.

Crimmitschau, am 30. April 1925.

Der Stadtrat. — Jugendamt. —

Die Finanzlage des Reiches.

Berlin, 6. Mai. Vor dem Steuerausschuß des Reichstages machte heute der Reichsfinanzminister v. Schlieben folgende Ausführungen:

Aus den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums ersehe man, daß die im März 1925 aufgekommenen Einnahmen aus den verpfändeten Steuern in Höhe von 136 Millionen Reichsmark am 31. März noch nicht an die Reichskasse abgeliefert wären. Dieser Posten bilde ein Guthaben bei Ergänzung für verpfändete Einnahmen, das erst nach Monatsschluß zur Reichskasse fließe. Ein weiteres Guthaben hätte das Reich am 31. März 1925 bei der Reichsbank für Münzgewinne aus der Silberprägung besessen. Schließlich stehe dem Reich aus dem Rentenbankkredit noch ein Restbetrag von 345 Milliarden zur Verfügung. Der nicht abgerechnete Gewinn aus der Silberprägung betrage 220 Millionen Mark. Hiervon seien verschiedene Posten abzuziehen. Die Zölle und Steuern hätten im Jahre 1924 7311 Millionen Mark gebracht. Das sei gegenüber dem Etatansatz ein Mehr von 2067 Millionen. An dem Mehraufkommen seien Länder und Gemeinden mit 883 Millionen beteiligt.

Das Reich hatte erhebliche Mehrausgaben zu leisten, die im Etat nicht vorgesehen waren. Vor allem seien es Barentschädigungen für die während des Ruhrkampfs von der Micum erzwungenen Reparationsleistungen mit 522 Millionen Mark. 55 Millionen Mark seien später gezahlt worden. Für den Rückkauf der Goldanleihe habe man 136 Millionen gebraucht. Die Abfindung an Preußen für den Verlust an nutzbarem Staatseigentum durch den Friedensschluß betrage 65 Millionen. Die Entschädigungen an einzelne Länder aus Anlaß der Holzwegnahme im besetzten Gebiet erfordere bisher den Teilbetrag von 33 Millionen. Schließlich seien den Mehrausgaben der Fehlbetrag des Etats von 1924 hinzuzurechnen. Er habe 348 Millionen betragen. Insgesamt hätten die Mehrausgaben 1119 Millionen betragen. Hiervon seien aber Ersparnisse abzurechnen, besonders infolge des Rückkaufes der Goldanleihe und der dadurch ausfallenden Verzinsung.

Der Minister schließt, daß dem Reich ein Betriebsmittelfonds von ungefähr hundert Millionen Reichsmark verbleibt. Damit sei eine geordnete Verwaltung kaum durchzuführen. Für einen übertriebenen Optimismus liege jedenfalls kein Grund vor.

• • •

Ein neuer Auslandskredit.

London, 6. Mai. „Daily Mail" berichtet, die Deutschland gewährte Dawesanleihe sei bereits vollständig aufgebraucht. Die deutsche Regierung wolle deshalb auch Ende 1925 von den Alliierten einen neuen Kredit in der Höhe von 1½ Milliarden verlangen. Bis dahin werde die deutsche Außenpolitik keine Aenderung erfahren.

Sehnsucht nach dem „deutschen Militarismus".

Rom, 6. Mai. Im Senat wurde gestern das Kriegsbudget angenommen. Der Heerführer Caviglia führte dabei aus, daß noch 20 Jahre eine einzige Großmacht die Hegemonie in Europa habe. Sie werde so lange dauern, bis Deutschland und Rußland ihre alten Stellungen wieder einnehmen könnten. Bezüglich der Reglements, ihrer Taktik und Strategie führte der General aus, daß der Krieg gezeigt habe, daß das deutsche Reglement das beste sei. Dieses müsse Italien gemäß seiner eigenen Stellung und [illegible] nehmen.

Steuerreformfragen.

Berlin, 6. Mai. Im Reichstag wurde die erste Lesung der Steuer- und Aufwertungsgesetze fortgesetzt.

Abg. Henning (Deutschvölk.) begrüßt es, daß endlich einmal eine Reichsregierung ernstlich den Willen zeige, eine gewisse Vereinfachung in das Steuersystem zu bringen und die ganze Phase des Steuerwulstes grundsätzlich aufzuräumen. Manche theoretischen Darlegungen des Finanzministers seien zu begrüßen, besonders soweit sie Betriebskapital für die Wirtschaft beschaffen wollen. Aber in der Praxis sehe es vielfach noch ganz anders aus. Jede Verwaltung arbeite für sich, so daß es an innerer Einheit im Steuerwesen fehle. Es sei eine Verkennung der Aufgabe, wenn man eine Besteuerung der Inflationsgewinne wolle und die sonstigen schieberhaften Bereicherungen und Revolutionsgewinne dabei nicht erfaßt. Der Redner beschäftigt sich mit den Geschäftsgewinnen der in der Nachkriegszeit gebildeten großen Konzerne. Allein an den Deutschen Werken soll ein Herr Kahn ungeheure wucherische Millionengewinne gemacht haben. Heraus mit diesen in Wucherhände gefallenen Milliardenwerten, dann werde man auch die verarmten Kleinrentner schadlos halten können. Soll die Barmatwirtschaft denn immer noch weiter gehen? Das bettelarme deutsche Volk habe mit dem Dawesgutachten ungeheure Lasten auferlegt bekommen. Herr Oeser habe die Frachten gewaltig erhöht. Er sei von den Internationalen zum Generaldirektor mit 200 000 Mark Gehalt gemacht worden. Eine gründliche Aufwertung werde uns wieder eine Fülle Betriebskapital schaffen und uns von den Wucherern befreien.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) behält sich im Namen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei seine endgültige Stellungnahme zu den Steuergesetzen vor, lehnt aber jetzt schon diejenigen ab, die eine Aufhebung der Bestimmungen des Dawesgutachtens bedeuten.

Abg. Kling (Bayr. Bauernb.) protestiert gegen das Uebermaß von Steuerverordnungen, unter denen sich niemand auskenne. Die kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sowie das Gewerbe seien durch die Vorauszahlungen schwer geschädigt. Man solle der Landwirtschaft nicht das Leben in dieser Weise schwer machen. Der Redner lehnt entschieden die Bier- und Tabaksteuer ab, weil sie die breiten Massen am schwersten treffe.

Die Steuervorlagen werden dem Steuerausschuß überwiesen. Das Haus vertagt sich auf Freitag.

Hindenburg und das Ausland.

Neuyork, 6. Mai. Aus Washington wird berichtet, daß Präsident Coolidge einen formellen Glückwunsch an Hindenburg bei seinem Amtsantritt richten werde.

•

Washington, 6. Mai. Dawes versicherte, daß die Präsidentschaft Hindenburgs für die Stabilität des Dawesplanes nicht den geringsten Nachteil bringen könnte. In jedem Falle müsse die Freiheit des deutschen Volkes in seinen innerpolitischen Abstimmungen ohne jede Kritik geachtet werden.

•

Hannover, 6. Mai. Von den insgesamt 16 000 Glückwünschen, die in der Villa Hindenburgs in Hannover eingelaufen sind, stammen fast 1900 aus dem früheren feindlichen Ausland.

• • •

Das Reichsbanner macht nicht mit.

Berlin, 6. Mai. Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Oberpräsident Hörsing, veröffentlicht einen Artikel, in welchem er sich mit der Frage der Beteiligung des Reichsbanners an den Huldigungen für den neuen Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigt. Hörsing kommt zu dem Schluß, daß es sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch nicht tragbar sei, wenn das Reichsbanner sich in Reih und Glied mit den schwarz-weiß-roten Organisationen stelle. Das Fernbleiben des Reichsbanners beim Einzug des Reichspräsidenten sei nicht gegen Hindenburg gerichtet. Die Arrangeure und Teilnehmer der Empfangsdemonstrationen seien derart, daß das Reichsbanner die vorgesehene Spalierbildung nicht als eine Ehrung des neugewählten Präsidenten der Republik, sondern nur als eine private monarchistische Kundgebung der Republikfeinde ansehen könne. Deshalb lehnt das Reichsbanner jede Teilnahme daran ab. (Weshalb niemand eine Träne vergießen wird. E. V.).

•

Sozialdemokratischer Wahleinspruch.

Berlin, 6. Mai. Wie die „Voss. Ztg." meldet, hat die Sozialdemokratische Partei offiziell Einspruch gegen die Gültigkeitserklärung der Reichspräsidentenwahl vom 26. April erhoben mit der Begründung, daß in zahlreichen Fällen Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die in ihrer Gesamtheit geeignet seien, die vom Reichswahlausschuß für den Kandidaten des Reichsblocks festgestellte relative Mehrheit von 904 151 Stimmen zu erschüttern. Dementsprechend wird beantragt, die Wahl Hindenburgs für ungültig zu erklären.

Leipzig, 6. Mai. Aus Anlaß der 100-Jahrfeier des Börsenvereins Deutscher Buchhändler wird am 24. Mai in Braunau am Inn, Oberösterreich, ein Denkmal für den am 26. Aug. 1806 auf Befehl Napoleons erschossenen Nürnberger Buchhändler Palm errichtet werden.

Die Einweihung des Deutschen Museums

München, 6. Mai. Der Sitzung des Ausschusses des Deutschen Museums, mit der die eigentlichen Festveranstaltungen ihren Anfang nahmen, wohnten u. a. bei der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, Reichskanzler Dr. Luther und Kronprinz Rupprecht. Der Schöpfer des Museums, Dr. Oskar v. Miller, war Gegenstand reichster Ehrungen. Der bayerische Kultusminister Dr. Matt würdigte die Verdienste der Förderer des Deutschen Museums aus dem Hause Wittelsbach, wobei er den Kronprinzen Rupprecht begrüßte. Der Minister teilte mit, daß die bayerische Staatsregierung einen Ehrenring mit dem bayerischen Staatswappen gestiftet habe, der an Förderer des Museums verliehen werden solle.

Der Reichsminister des Innern, Schiele, hielt dann eine Ansprache, in welcher er mitteilte, daß die Reichsregierung mit einem Kapital von 300 000 Mark und dem Sitz in München eine Oskar v. Miller-Stiftung errichte, deren Vorsitz Hrn. v. Miller anvertraut werde und deren Zinsen zur Pflege des technischen Studiums, in erster Linie aber der Ermöglichung des Besuches des Deutschen Museums durch befähigte Studenten, Handwerker und Arbeiter dienen solle.

Es folgte dann eine lange Reihe von Begrüßungsreden und Ehrungen des Hrn. v. Miller. Dieser dankte in einer längeren Ansprache.

München, 6. Mai. Im Anschluß an die Ausschußsitzung des Deutschen Museums hatten der Stellvertreter des Reichspräsidenten und die Reichsregierung zu einem Frühstück im alten Rathaussaale eingeladen, zu dem Ehrengäste des Deutschen Museums in großer Zahl erschienen waren. Reichskanzler Dr. Luther begrüßte die Gäste im Namen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Dann ergriff Geheimrat Exzellenz Dr. v. Dyck das Wort und huldigte u. a. dem neuen Reichspräsidenten. Nach dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" [illegible] Deutsche Museum als ein neues festes Band um die geistige Gemeinschaft der hundert Millionen Deutschen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen, für dessen Geschick und Wirken sich die Stadt München besonders mit verantwortlich fühle.

München, 5. Mai. Die Bevölkerung Münchens in allen ihren Schichten feierte heute den Schöpfer des Deutschen Museums, Dr. v. Miller, anläßlich seines 70. Geburtstages und der Vollendung seines Werkes. Von den Mittagsstunden ab ruhte in allen Geschäften die Arbeit. Zu Tausenden strömten die Menschen in die Straßen und auf die Plätze, wo sich der von Münchener Künstlern großzügig angeordnete Festzug bewegte.

Um die Todesursache Hoefles.

Berlin, 6. Mai. Im Untersuchungsausschuß für die Affäre Höfle wurde u. a. der Oberstrafanstaltsdirektor des Moabiter Untersuchungsgefängnisses Bully vernommen. Er berichtete über die Dr. Höfle gewährten kleinen Vergünstigungen. Auf Befragen bekundete er, man habe in Dr. Höfles Bett noch 31 Tabletten Panthropon und Luminal gefunden. Es bestehe der Verdacht, daß ein ungetreuer Pfleger Dr. Höfle diese großen Mengen zugestellt habe.

•

Berlin, 6. Mai. Im Untersuchungsgefängnis wurden bei den Brüdern Barmat heimlich zurückgehaltene Arzneimittel, besonders Narkotika, beschlagnahmt. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß die Barmats eine momentane absichtliche Verschärfung ihres leidenden Zustandes herbeiführen wollten, um dadurch zu einer schnellen Ueberführung in die Charité zu gelangen. Die Ueberwachung der Brüder Barmat wurde verschärft.

• • •

Die Steuerhinterziehungen Bauers.

Berlin, 6. Mai. Aus dem Verfahren des Finanzamtes gegen den Reichskanzler a. D. Genossen Bauer wegen Steuerhinterziehung ergibt sich, daß die Zuwendungen der Barmats an Bauer im Jahre 1923 insgesamt 83 000 Gm und im Jahre 1924 noch 28 000 Gm betragen haben.

Memel, 6. Mai. Ein Motorboot der litauischen Staatspolizei traf hinter Polangen zwei aus Danzig stammende Motorsegler Malaga und Windsbraut mit Sprit an Bord. Die Polizei beschlagnahmte diese beiden Schiffe. Auf dem einen befand sich der seit längerer Zeit der litauischen Staatspolizei bereits als Spritschmuggler bekannte Sohn des früheren deutschen Großadmirals von Stosch. Beide Schiffe, die etwa 5000 Liter Sprit an Bord hatten, wurden in den Memeler Hafen eingeschleppt. Nach kurzer Haft hat man Stosch heute wieder auf sein Schiff gebracht und dort unter Bewachung gestellt. Die Schmuggler behaupten, daß sie sich außerhalb der Dreimeilenzone befunden haben. Es ist mit diplomatischen Komplikationen wegen der Beschlagnahme zu rechnen. Beide Schiffe sind in Danzig beheimatet. Der Kapitän von Stosch ist Reichsdeutscher, während der Kapitän des anderen Schiffes, Berner, Danziger Staatsangehöriger ist.

Hirschberg, 6. Mai. Heute früh ist in der schlesischen Holzindustrie die Gesamtaussperrung erfolgt, von der 7000 Arbeiter in rund 400 Betrieben betroffen werden.